Bericht an den Anwalt des Parteipräsidiums der Partei Die Mitte Schweiz, Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub, zu Abklärungen betreffend Vorwürfe zur Geschäftsführung des Generalsekretariats der Mitte Schweiz

1. Auftrag des Parteipräsidiums an Herrn Dr.iur. Dr.h.c. Heinz Aemisegger

Verschiedene Personen, die in unterschiedlichen Funktionen und zu unterschiedlichen Zeiten im Generalsekretariat der Mitte Schweiz («GS») gearbeitet haben, beschwerten sich beim Parteipräsidium der Mitte Schweiz über eine ihres Erachtens inakzeptable Arbeitsplatzsituation. Sie hätten direkt oder indirekt unter der aktuellen Generalsekretärin der Mitte Schweiz gearbeitet. Deren Personalführung bezeichnen sie als Ursache der Probleme. Ihr Führungsverständnis und -verhalten seien unzureichend.

Diese Vorwürfe fanden insbesondere auch in der Presse grossen Widerhall.

In diesem Zusammenhang hat das Parteipräsidium der Mitte Schweiz alt Bundesrichter Dr.iur. Dr.h.c. Aemisegger¹ beauftragt, als unabhängiger Experte geeignete Abklärungen zu den erwähnten Vorwürfen vorzunehmen. Insbesondere soll er mit den genannten Personen und weiteren ihm sachdienlich scheinenden Personen ergebnisoffene Gespräche in Form von Anhörungen führen. Die niederschweligen Gespräche und die weiteren Abklärungen sollen nicht den Charakter einer formellen Untersuchung aufweisen. Die Gespräche sollen den ehemaligen Mitarbeitenden des Generalsekretariats die Möglichkeit eröffnen, ihre Anliegen, Vorschläge, Hinweise und Vorhaltungen in diskreter Weise möglichst offen darlegen zu können.

Es wurde Herrn Aemisegger zugesichert, Einsicht nehmen zu dürfen in alle erheblichen Unterlagen der Mitte Schweiz, die für seine Abklärungen von Interesse sein könnten.

Die Mitarbeitenden des Generalsekretariats, denen gegenüber Vorhaltungen gemacht werden, sollen ebenfalls angehört werden. Insbesondere soll ihnen Gelegenheit eingeräumt werden, mündlich dazu Stellung zu nehmen. Hernach soll das Parteipräsidium über die erheblichen Ergebnisse der Abklärungen informiert werden.

Die Organisation der Gespräche hat das Parteipräsidium Herrn Aemisegger überlassen. Es wurde ihm freigestellt, eine fachkundige Person für die Durchführung der Gespräche und die weiteren Abklärungen beizuziehen. Herr Aemisegger hat seinen Berufskollegen, Herrn Rechtsanwalt Placidus Plattner², beigezogen, der mit den im vorliegenden Zusammenhang relevanten Fragen fachlich bestens vertraut ist.

Was die Durchführung der Gespräche mit den ehemaligen Mitarbeitenden des Generalsekretariats der Mitte Schweiz betrifft, war der Gesprächsrahmen in einem Merkblatt und in einer von allen Gesprächsteilnehmenden zu unterzeichnenden Vertraulichkeitserklärung detailliert beschrieben. Angesichts dessen, dass seitens der ehemaligen Mitarbeitenden geltend gemacht worden war, ihre Vorwürfe würden zurückgewiesen mit dem Argument, sie seien

¹ Dr.iur. Dr.h.c. und Rechtsanwalt Heinz Aemisegger ist als selbständiger Rechtsanwalt tätig und hat bis Ende 2023 in der Anwaltskanzlei Wenger Plattner, Seestrasse 39, Postfach, 8700 Küsnacht-Zürich als Rechtskonsulent gearbeitet. Er berät Private und öffentlich-rechtliche Körperschaften, verfasst Gutachten, führt Untersuchungen und amtiert als Schiedsrichter sowie als Mediator. Er ist vom Präsidium der Mitte Schweiz unabhängig. Er war während zehn Jahren Vizepräsident des Obergerichts des Kantons Schaffhausen. Von 1984 bis 2014 war er nebenamtlicher, ab 1987 ordentlicher Bundesrichter am Bundesgericht in Lausanne. Er präsierte während acht Jahren die I. öffentlich-rechtliche Abteilung dieses Gerichts und war ebenfalls Bundesgerichtspräsident. Seine Spezialgebiete sind das Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere die Grundrechte, die politischen Rechte, das Bau-, Planungs-, Umwelt-, Energie- und Enteignungsrecht sowie die Bereiche öffentliche Werke und Meliorationen, internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Strassenverkehrsrecht, Bürgerrecht sowie Strafprozessrecht.

² Placidus Plattner ist Partner im Bau- und Immobilienrechtsteam von Wenger Plattner Rechtsanwälte. Er berät Investoren, Bauherren und Vermieter sowie Unternehmer, Planer, Projektentwickler und Mieter. Sowohl in öffentlich-rechtlichen als auch in privatrechtlichen Verfahren vertritt er seine Klienten vor Gerichten und Behörden. Placidus Plattner tritt regelmässig in Lehrveranstaltungen auf und er ist insbesondere Dozent am CUREM (Center for Urban & Real Estate Management), Institut für Banking and Finance der Universität Zürich. Seit 2007 ist er als Rechtsanwalt und seit 2013 als Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht tätig. Er war Mitglied der Geschäftsleitung von Wenger Plattner Rechtsanwälte und u.a. auch für das Personal zuständig. Er ist nicht Mitglied der Mitte-Partei und von dieser unabhängig.

unsubstantiiert (Schreiben vom 20. März 2025, vgl. nachfolgend Ziff. 2.10), sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorbringen in einem Rahmen ohne entsprechende Hürden vorzutragen. Das Format hätte es erlaubt, die erforderliche Konkretisierung bzw. Substantiierung anlässlich der jeweiligen Gespräche gemeinsam zu erarbeiten.

2. Sachverhalt – Chronologie

Die folgenden Punkte sind eine Auswahl von aus unserer Sicht besonders relevanten Vorgängen; die Chronologie ist entsprechend nicht abschliessend.

2.1 Vorbemerkung betreffend die GS-Mitarbeiterin A.

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2024 gelangte Rechtsanwältin Dr. Urs Marti im Auftrag der GS-Mitarbeiterin A. an die Mitglieder des Präsidiums der Mitte Schweiz. Dieser Anwältin hatte bereits 2023 Vorwürfe gegen die Generalsekretärin erhoben (vgl. dazu nachfolgend Ziff. 2.2 ff.).

Der Fall der GS-Mitarbeiterin A. ist indessen anders gelagert als die nachfolgend erwähnten Fälle und die Vorwürfe der GS-Mitarbeiterin A. wurden sowohl von der Ombudsstelle als auch von einem Ausschuss des Parteipräsidiums detailliert abgeklärt. Die von A. vorgebrachten Tatsachen wurden durch Mitarbeitende des GS, durch den Anwalt der Partei, Rechtsanwältin Dr. Philipp Straub, und durch Rechtsanwältin Dr. Sven Rüetschi von der Ombudsstelle der Mitte Schweiz im Wesentlichen nachvollziehbar und glaubwürdig widerlegt.

Aus diesen Gründen wird der Fall der GS-Mitarbeiterin A. im vorliegenden Bericht nur noch insoweit erwähnt, als dies zum Verständnis der Zusammenhänge erforderlich ist.

2.2 Dienstag, 17. Januar 2023

Brief von Rechtsanwältin Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 an die Mitglieder des Präsidiums der Mitte Schweiz

Rechtsanwältin Dr. Urs Marti schrieb in diesem Brief, er sei von einer Klientschaft, die nicht namentlich genannt werden wolle, mandatiert worden, «im Zusammenhang mit der seit geraumer Zeit bestehenden, inakzeptablen Arbeitsplatzsituation im Generalsekretariat der Partei Die Mitte». Kraft seines Mandates habe er zwischen dem 21. November 2022 und 22. Dezember 2022 mit sechs ehemaligen Mitarbeitenden des Generalsekretariats ausführliche Gespräche geführt. Unisono hätten diese Interviewten von einem von der Generalsekretärin geschaffenen regelrechten «Klima der Angst» berichtet.

Die ehemaligen Mitarbeitenden hätten ihm unter anderem Folgendes dargelegt:

- Die Generalsekretärin habe werdende Mütter benachteiligt;
- Mitarbeitende seien von ihr ungleich behandelt, benachteiligt und instrumentalisiert worden;
- Mitarbeitende seien persönlichen Angriffen der Generalsekretärin ausgesetzt gewesen und des schlechten Klimas wegen zum Teil krank geworden.

Rechtsanwältin Dr. Urs Marti wies das Parteipräsidium auf die arbeitgeberseitige Fürsorgepflicht hin und drohte, für den Fall, dass keine oder ungenügende Massnahmen ergriffen würden, die Prüfung rechtlicher Schritte an.

Das Schreiben wurde mit der folgenden E-Mail übermittelt [rote Hervorhebung des Betreffs sowie Schwärzung des Namens der Assistentin hinzugefügt]:

Von: [REDACTED]@kellerhals-carrard.ch>
Gesendet: Dienstag, 17. Januar 2023 17:15
An: Marti Urs <urs.marti@kellerhals-carrard.ch>
Betreff: Die Mitte Frauen Schweiz - Luzio Gianna

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Beilage übermitteln wir Ihnen ein Schreiben zusammen mit der französischen Übersetzung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED], Assistentin

Beilagen erwähnt

Kellerhals Carrard
Basel – Bern – Genf – Lausanne – Lugano – Sion – Zürich

[REDACTED]
Assistentin

Direktwahl +41 58 200 35 28 – [REDACTED]@kellerhals-carrard.ch

Im Lichte der in Anwaltskanzleien üblichen Arbeitsabläufe legt der Betreff nahe, dass das Dossier unter der entsprechenden Bezeichnung geführt wurde, wobei der erste Begriff die Klientenschaft bezeichnet und der zweite Begriff die Gegenpartei.

Knapp zwei Stunden später folgte diese E-Mail [rote Hervorhebung des Betreffs sowie Schwärzung des Namens der Assistentin hinzugefügt]:

Von: Marti Urs <urs.marti@kellerhals-carrard.ch>
Gesendet: Dienstag, 17. Januar 2023 19:04
An: Marti Urs <urs.marti@kellerhals-carrard.ch>
Cc: [REDACTED]@kellerhals-carrard.ch>
Betreff: Frau Gianna Luzio - Die Mitte Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Leider wurde vorhin das falsche Attachment (franz. Übersetzung) verschickt. Anbei erhalten Sie die richtige (End-)Fassung.

Entschuldigen Sie bitte das Versehen.

Mit freundlichen Grüßen
Urs Marti

Kellerhals Carrard
Basel – Bern – Genf – Lausanne – Lugano – Sion – Zürich

Dr. Urs Marti
Rechtsanwalt | Partner
Fachanwalt SAV Arbeitsrecht

Direktwahl +41 58 200 35 28 – urs.marti@kellerhals-carrard.ch

Der Betreff wurde abgeändert, sodass «Die Mitte Frauen Schweiz» nicht mehr erwähnt wurden. Soweit ersichtlich war der Text der französischen Attachments unverändert (entfernt wurde in der französischen Übersetzung nur das Wasserzeichen «Entwurf»; die – unveränderte – deutsche Fassung wurde nochmals mitgeschickt).

2.3 Mittwoch, 1. März 2023 / Donnerstag, 2. März 2023 Blick vom 1. März 2023 / Aargauer Zeitung vom 2. März 2023

In diesen beiden Zeitungen wurde der wesentliche Inhalt des Briefes von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 unter dem Titel «Klima der Angst» in der Mitte Schweiz wiedergegeben.

2.4 Dienstag, 5. November 2024

Brief von Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub an Rechtsanwalt Dr. Urs Marti

Der Anwalt der Mitte Schweiz, Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub, beantwortete das Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti und widersprach den darin enthaltenen Vorwürfen detailliert.

2.5 Samstag, 25. Januar 2025

Artikel im Tagesanzeiger vom 25. Januar 2025

Seite 2/3 «Wie sich die Mitte-Frauen und Gerhard Pfister verkrachten»

S. 10: «Ein gefährlicher Moment für die Mitte-Partei»

Auf den Seiten 2/3 wurde u.a. an den Brief von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 und die darin gegenüber der Generalsekretärin erhobenen Vorwürfe erinnert.

Ferner wurde berichtet (S. 10), es habe sich herausgestellt, «dass Mitte-Frauen hinter Pfisters Rücken einen Anwalt bezahlt haben, um die Vorgänge im Generalsekretariat zu untersuchen.». Gleichzeitig wird Folgendes festgehalten (S. 2/3): «Die Freiburger Nationalrätin Marie-France Roth Pasquier stand gewissermassen auf beiden Seiten des Konflikts, sie war sowohl Mitglied des Mitte-Parteipräsidiums wie auch Vizepräsidentin der Mitte-Frauen. Nun ist sie diese Woche per sofort aus dem Verein der Mitte-Frauen ausgetreten. Roth Pasquier bestätigt ihren Rücktritt auf Anfrage.». In einem Nachtrag vom 28. Januar 2025 präzisierte der Tagesanzeiger Folgendes: «Das Berner Anwaltsbüro [d.h. Rechtsanwalt Dr. Urs Marti] legt Wert auf die Feststellung, dass der Auftrag zur Untersuchung nicht vom Verein Mitte Frauen Schweiz kam, sondern von einzelnen Mitte-Frauen.»

Schliesslich wurde erwähnt (S. 2/3), im Sommer 2024 habe es neuen Ärger gegeben: «Auf dem Generalsekretariat kommt es erneut zum Konflikt mit einer Mitarbeiterin. Die Frau fällt krankheitshalber aus. Sie wendet sich in der Folge an denselben Anwalt, der bereits die Interviews im Auftrag der Mitte-Frauen durchgeführt hat.» [dies bezog sich auf die GS-Mitarbeiterin A., vgl. Ziff. 2.1].

2.6 Donnerstag, 6. Februar 2025

Schreiben von Frau B. an das Parteipräsidium und an den Fraktionsausschuss der Mitte Schweiz

Frau B., ehemalige GS-Mitarbeiterin, gelangte in ihrem und im Namen von weiteren ehemaligen Mitarbeitenden des GS unter dem Betreff «Dringender Handlungsbedarf im Generalsekretariat der Mitte Schweiz» schriftlich an das Parteipräsidium und an den Fraktionsausschuss der Mitte Schweiz und gab die Namen der einzelnen Mitarbeitenden und die Zeit, in der sie im GS gearbeitet haben, bekannt. Sie erhob wiederum im Wesentlichen die gleichen (unsubstantiierten) Vorwürfe, welche bereits im Brief von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 enthalten waren. Überdies legte sie ein Dokument bei, welches zwei «Erfahrungsberichte» mit der Ombudsstelle der Mitte Schweiz beinhaltet. Die «Erfahrungsberichte» stammen von zwei ehemaligen Mitarbeitenden des GS, Frau C. und Frau D.

2.7 Freitag, 28. Februar 2025

Memorandum von Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub zuhanden des Präsidiums der Mitte Schweiz

In seinem Memorandum ordnete Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub die Ausgangslage rechtlich ein und fügte verschiedene Schlussfolgerungen an. Dabei hielt er unter anderem fest, das Parteipräsidium sei seiner arbeitsrechtlichen Fürsorgepflicht gegenüber den ehemaligen Mitarbeitenden nachgekommen. Es bestehe kein Anlass, eine externe Untersuchung durchzuführen. Hingegen könnte in Erwägung gezogen werden, die im Brief vom 6. Februar 2025 genannten ehemaligen Mitarbeitenden des GS in geeigneter Weise zu Wort kommen zu lassen, obwohl keine Pflicht für eine solche Anhörung bestehe. Mit dieser Aufgabe könnte eine unabhängige Persönlichkeit betraut werden.

2.8 Donnerstag, 6. März 2025

E-Mail-Antwort von Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub an Frau B. auf ihre E-Mail vom 6. Februar 2025

Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub bestritt die von Frau B. erhobenen Vorwürfe, teilte ihr mit, es sei die arbeitgeberseitige Fürsorgepflicht nicht verletzt worden und das Parteipräsidium biete die Möglichkeit eines Gesprächs mit Herrn alt Bundesrichter Heinz Aemisegger an, obwohl dazu keine Pflicht bestehe.

2.9 Mittwoch, 10. März 2025

Bericht der Ombudsstelle der Mitte Schweiz (Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi)

Die Mitte Schweiz setzte Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi mit Wirkung ab dem 1. März 2023 als Ombudsstelle ein. Am 15. Juni 2023 bot Rechtsanwalt Dr. Urs Marti per E-Mail an, Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi könne Einsicht nehmen in die Protokolle der Interviews, die er mit sechs ehemaligen Mitarbeitenden des GS der Mitte Schweiz geführt habe. Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi lehnte dies ab, erklärte sich aber bereit, mit diesen Personen vertrauliche Gespräche zu führen, wobei deren Namen auf Wunsch anonym bleiben könnten. Am 18. Januar 2024 meldete sich Frau C. und am 14. März meldete sich Frau D. zu Gesprächen an. In Bezug auf die Schilderung der Kontakte zwischen Frau C. und Frau D. einerseits sowie der Ombudsstelle andererseits unterscheiden sich die sog. «Erfahrungsberichte» (vgl. Ziff. 2.6) und der diesbezügliche, sehr detaillierte Bericht der Ombudsstelle (vgl. nachfolgend) erheblich. In der Sache erhoben C. und D. im Wesentlichen die gleichen (unsubstantiierten) Vorwürfe betreffend die Arbeitssituation im GS, wie sie bereits im Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 und in den Zeitungsartikeln vom 1. März 2023 / 2. März 2023 im Blick bzw. in der Aargauer Zeitung vorgebracht wurden. Die Ombudsstelle führte zudem Gespräche mit der Generalsekretärin und mit der HR-Verantwortlichen des GS. Im detaillierten Bericht der Ombudsstelle werden die Meldungen der hinweisgebenden Personen gewürdigt. Zudem wird der Fall der GS-Mitarbeiterin A. (vgl. Ziff. 2.1) näher analysiert und gewürdigt. Auch mit dem Parteipräsidenten wurden seitens der Ombudsstelle Gespräche geführt. Auf Anregung des Parteipräsidiums der Mitte Schweiz wurde am 31. Oktober 2024 eine Sitzung mit der Ombudsstelle abgehalten. Dabei gaben Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi und Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub ihre Einschätzungen ab. Am 22. November 2024 fand zudem auf Wunsch des Parteipräsidiums in den Räumlichkeiten der Ombudsstelle eine Besprechung mit einem Ausschuss des Parteipräsidiums (VP Y. Bürgin, VP Ch. Juillard, VP V. Maître) statt, wobei der Schwerpunkt auf dem Fall der GS-Mitarbeiterin A. lag (vgl. Ziff. 2.1). Am 10. März 2025 legte Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi einen Bericht über die Tätigkeit der Ombudsstelle vom März 2023 bis zum Sommer 2024 vor, inkl. Bemerkungen zum Schreiben von sieben ehemaligen Mitarbeitenden des GS vom 6. Februar 2025 samt zwei von ihnen beigelegten «Erfahrungsberichten» betreffend die Ombudsstelle.

2.10 Donnerstag, 20. März 2025

Schreiben von Frau B. im Namen der ehemaligen Mitarbeitenden des GS an das Parteipräsidium und an Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub

In diesem Schreiben wurde u.a. eine fehlende Gesprächsbereitschaft und eine unzutreffende Darstellung des Sachverhalts moniert (dies ungeachtet dessen, dass der Parteipräsident wiederholt Gespräche angeboten hatte). Weiter wurden Fragen zur Person von Heinz Aemisegger gestellt hinsichtlich seiner Kompetenzen, seiner Unabhängigkeit sowie zum Zeitplan und zur Gestaltung allfälliger Gespräche. Es wurde die Forderung nach Gerechtigkeit erhoben und es wurden Konsequenzen, namentlich die Durchführung einer formellen Untersuchung, verlangt. Schliesslich wurde Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub eine Frist zur Beantwortung des Schreibens bis zum 27. März 2025 angesetzt.

2.11 Montag, 5. Mai 2025

Einladung zu individuellen vertraulichen Gesprächen mit Antwortfrist bis zum 12. Mai 2025 an die sechs ehemaligen Mitarbeitenden des GS durch Herrn Aemisegger per E-Mail unter Beilage von Merkblatt und Vertraulichkeitserklärung

In den Einladungen wurden den ehemaligen sechs Mitarbeitenden je zwei mögliche Gesprächstermine vorgeschlagen (eine ehemalige Mitarbeiterin war zwischenzeitlich ausgeschieden). Als Ort der Gespräche war die Anwaltskanzlei Wenger Plattner in Küsnacht-Zürich vorgesehen. Im Merkblatt und in der Vertraulichkeitserklärung wurde der Rahmen der Gespräche beschrieben.

2.12 Freitag, 16. Mai 2025

Keine Antwort auf die individuellen Einladungen vom 5. Mai 2025, stattdessen am 16. Mai 2025 E-Mail von Frau B. an Herrn Aemisegger mit verschiedenen «Forderungen»:

- Materiell wurde erneut die Durchführung einer formellen Untersuchung verlangt.
- Ferner wurden verlangt:
 - Anwesenheit einer Vertrauensperson;
 - Flexible Zeitfenster und bessere örtliche Rahmenbedingungen, da andernfalls die Mitwirkung faktisch erschwert würde;
 - Gegenlesen des Protokolls mit beidseitiger Signatur;
 - Einsicht in den Abschlussbericht;
 - Veröffentlichung des Abschlussberichts inkl. der entsprechend ergriffenen Massnahmen.

3. Gespräche vom Montag, 26. Mai 2025

Gespräche zwischen den Herren Aemisegger und Plattner einerseits und der Generalsekretärin sowie Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi (Ombudsstelle) andererseits

3.1 Anhörung der Generalsekretärin

Die Generalsekretärin legte ihre Sicht zu den vorstehend wiedergegebenen Vorwürfen dar.

3.2 Gespräch mit Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi, Ombudsstelle

Rechtsanwalt Dr. Sven Rüetschi äusserte sich zu den von ihm vorgenommenen Amtshandlungen und berichtete von den Kontakten, die er mit ehemaligen Mitarbeitenden des GS gehabt hatte.

4. Einschätzungen der Herren Aemisegger und Plattner zuhanden von Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub

Die lange, teilweise verworrene, Geschichte der vorliegend relevanten Geschehnisse hat mit dem Brief von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 an die Mitglieder des Präsidiums der Mitte Schweiz begonnen. Darin wurden von Mitarbeitenden bzw. ehemaligen Mitarbeitenden des GS verschiedene Vorwürfe erhoben gegenüber der Generalsekretärin der Mitte Schweiz betreffend die Führung des Generalsekretariats.

Mit Blick auf die dargelegten Geschehnisse zwischen dem 17. Januar 2023 und heute erachten wir die Weiterführung der Diskussionen mit den genannten, ehemaligen Mitarbeitenden der Mitte Schweiz als nicht zielführend, und dies aus den folgenden Gründen:

Seit dem 17. Januar 2023 werden gegenüber der Generalsekretärin (und teilweise gegenüber dem Parteipräsidium und dem Parteipräsidenten) in ständiger Wiederholung im Wesentlichen die gleichen Vorwürfe vorgebracht. Die Vorwürfe sind durch keine konkreten Tatsachen/Fakten unterlegt bzw. es werden keine konkreten, insbesondere in Bezug auf den Zeitpunkt und die involvierten Personen überprüfbaren Sachverhalte vorgetragen. Beweise (Dokumente, Zeugen, etc.) zu konkreten Vorgängen werden ebenfalls nicht vorgebracht bzw. benannt. Die Vorbringen bzw. Vorhaltungen stellen somit unsubstantiierte Behauptungen dar. Den sechs ehemaligen Mitarbeitenden wurde wiederholt (zutreffend) erklärt, sie verfügten über keinen Rechtsanspruch hinsichtlich der von ihnen verlangten Gespräche bzw. insbesondere zur Veranlassung einer formellen Untersuchung gegen die Generalsekretärin.

Die Herren Aemisegger und Plattner sind nicht damit beauftragt worden, eine formelle Untersuchung zu führen, wie dies von den ehemaligen Mitarbeitenden des GS sinngemäss gefordert wird; das Parteipräsidium hat dies ausdrücklich ausgeschlossen. Ihnen wurde lediglich der Auftrag erteilt zur Führung ergebnisoffener, vertraulicher, individueller Gespräche mit den genannten sechs ehemaligen Mitarbeitenden, wobei die Gesprächsorganisation ihnen überlassen wurde. Die sechs Personen haben auf die entsprechenden individuellen Einladungen leider nicht reagiert bzw. den vorgeschlagenen Rahmen abgelehnt. Demgegenüber haben sie auf der Durchführung einer formellen Untersuchung bestanden. Den einzelnen ehemaligen Mitarbeitenden wurde in der Gesprächseinladung vom 5. Mai 2025 ausdrücklich erklärt, dass beim Unterbleiben einer positiven Rückmeldung von einem Verzicht auf die angebotenen Gespräche ausgegangen würde. Die Gespräche konnten entsprechend nicht durchgeführt werden.

Das Präsidium der Mitte Partei geht, gestützt auf die (zutreffende) Beurteilung von Rechtsanwalt Dr. Philipp Straub, davon aus, dass eine formelle Untersuchung gegen eine Arbeitnehmerin nur vorgenommen werden darf, wenn ein hinreichender bzw. konkreter Anfangsverdacht für ein arbeitsrechtlich relevantes Fehlverhalten besteht. In Ermangelung eines solchen konkreten Anfangsverdachts hat das Präsidium der Mitte Schweiz daher von der Anordnung einer formellen Untersuchung abgesehen.

Im Lichte der vorliegenden Unterlagen und gestützt auf die durchgeführten Gespräche teilen die Herren Aemisegger und Plattner die Auffassung des Präsidiums der Mitte Schweiz, dass kein hinreichender bzw. konkreter Anfangsverdacht besteht, der eine formelle Untersuchung angezeigt erscheinen lassen würde. Diesbezüglich ist insbesondere zu berücksichtigen, dass eine formelle Untersuchung das Potenzial hat, die Persönlichkeitsrechte der von der Untersuchung betroffenen Personen zu verletzen und insbesondere deren wirtschaftliches Fortkommen und allenfalls deren Gesundheit zu beeinträchtigen.

Relevant erscheint sodann Folgendes: Falls die vorgenannten Hinweise, dass der am Anfang der Geschehnisse stehende Brief von Rechtsanwalt Dr. Urs Marti vom 17. Januar 2023 an die Mitglieder des Präsidiums der Mitte Schweiz von einzelnen Frauen der Mitte-Partei initiiert und bezahlt worden sei (vgl. Tagesanzeiger vom 25. Januar 2025, Ziff. 2.5, bzw. Übermittlungse-Mail, Ziff. 2.2), zutreffen sollten, so wäre zu prüfen, ob eine der Mitte Schweiz zurechenbare Verletzung der (arbeitgeberseitigen) Fürsorgepflicht der Mitte Schweiz gegenüber ihrer Generalsekretärin vorliegt. Dem Präsidium der Mitte Schweiz ist zu empfehlen, diesen Punkt mit den betreffenden Personen (soweit sie bekannt sind) zu klären.

Wie dargelegt haben die von den Herren Aemisegger und Plattner vorgenommenen Abklärungen ergeben, dass die Vorwürfe, welche gegenüber der Generalsekretärin der Mitte Schweiz erhoben wurden, bisher nie substantiiert worden sind; es wurden auch keine diesbezüglichen Beweise vorgelegt. Die – im Wesentlichen immer gleichen – Vorwürfe bleiben somit pauschale, nicht verifizier- oder falsifizierbare Behauptungen.

Angesichts dieser Sach- und Rechtslage empfiehlt es sich nach unserer Auffassung, dass das Parteipräsidium an seiner bisherigen Haltung festhält und weiterhin geeignete Vorkehren trifft, um öffentlich wahrnehmbar die gegen die Generalsekretärin erhobenen Vorwürfe zu stoppen bzw. diesen entgegenzutreten und öffentlich klarzustellen, dass es sich um unsubstantiierte und unbewiesene Vorwürfe handelt, die sich nicht erhärten liessen. Allenfalls sind geeignete Massnahmen zur Wiedergutmachung gegenüber der Generalsekretärin zu prüfen.